

Tobias Scheller · Glonnerstraße 12 · 85667 Oberframmern

An die Ebersberger Zeitung

**KREISVORSITZENDER
TOBIAS SCHELLER**

Gemeinderat

Glonnerstraße 12
85667 Oberframmern

Telefon: 08093 / 90 17 85

Mobil: (0178) 6 36 70 06

eMail: tobi-scheller@t-online.de

Oberframmern, den 22. Juni 2008

PRESSEMITTEILUNG: GESPRÄCHSKREIS MIT MONIKA HOHLMEIER IN HOHENLINDEN

Monika Hohlmeier in voller Fahrt

Nur eine Autobahnbaustelle konnte Monika Hohlmeier aufhalten, so dass sie erst mit Verspätung zum Diskussionsabend der Jungen Union mit dem Thema „Solide Finanzen – solide Zukunft“ kam. Damit war sie der Einladung des JU-Kreisvorsitzenden und Bezirkstagskandidaten Tobias Scheller gefolgt. „Zweifellos“, so Scheller in seinem Eingangsstatement „ist es ein Grund, stolz auf Bayern zu sein, dass es der Staatsregierung als erstem Bundesland gelungen ist, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.“ Gleichzeitig warb er dafür, die solide und generationengerechte Haushaltspolitik fortzuführen: „Da geht es auf der einen Seite darum, zukunftssträchtige Investitionen zu tätigen und auf der anderen Seite darum, ausreichend finanziellen Handlungsspielraum für nachfolgende Generationen zu hinterlassen.“

Dann war Hohlmeier, die Mitglied im Haushalts- und Finanzausschuss der CSU-Landtagsfraktion ist, nicht mehr zu bremsen. Im Rundumschlag arbeitete sie alle Themen von Spitzensteuersatz über Riesterrente und Erbschaftssteuer bis hin zum soliden Haushalt ab und sparte auch nicht mit Kritik am politischen Gegner. Während noch in der großen Koalition von 1966 Hohlmeiers Vater Franz-Josef Strauß zusammen mit Karl Schiller als „Plisch und Plum“ erfolgreich zusammengearbeitet hätten, blockiere die SPD heute notwendige Schritte aus ideologischen Gründen. So lehnt sie eine Abschaffung der Erbschaftssteuer als „dem Bürger nicht vermittelbar“ ab. Zwar würden 4 Mrd. € Einnahmen wegfallen, doch könnten dann, durch nach Deutschland zurückkehrendes Vermögen, 5 Mrd. € mehr Einkommenssteuer ins Staatssäckel fließen. Zudem würde die Verwaltung von der aufwändigen Ermittlung der Erbsteuer entlastet werden und vor allem Familienbetriebe von dieser Belastung verschont werden. Steinbrücks Erbschaftssteuerreform stellt hier eine Gefahr dar. Hohlmeier erklärte: „Ich bin gegen Ideologie, aber dafür, dass ich dem Menschen mehr geben kann“. Gerade Familienbetriebe sind in Deutschland, wo sie 95% der Unternehmen ausmachen, diejenigen, die den Aufschwung stützen. Den großen DAX-Unternehmen wird hier in der Gesellschaft zuviel Beachtung geschenkt, denn neue Arbeitsplätze entstanden im Mittelstand und dieser trägt auch den Großteil der innerbetrieblichen Ausbildung.

Junge Union Bayern – Kreisverband Ebersberg

Vorsitzender: Tobias Scheller (Gemeinderat)

Geschäftsführer: Jan-Patrick Fischer und Markus Knöpfle

Bankverbindung: Kreissparkasse Ebersberg, Konto 177 048, BLZ 700 518 05

Internet: <http://www.ju-ebe.de>

Lobend äußerte sich Hohlmeier zum bayerischen Haushalt, der nicht auf Pump lebe. Ein Erfolg, der auch nur deswegen möglich war, weil die Bevölkerung die Einsparungen mitgemacht hätten. Während in Bayern daher keine Neuverschuldung mehr nötig sei, würden andere Bundesländer, in denen bis vor kurzem noch die SPD regierte, immense Probleme haben. So hat Nordrhein-Westfalen eine dreimal so hohe Pro-Kopf-Verschuldung, wie Bayern und das Saarland, würde erst seit der Abwahl Lafontaines der Haushalt konsolidiert. Dass Lafontaine nun mit demagogischen Reden und den Alt-Kommunisten zusammen wieder Ministerpräsident werden wolle, sei daher unglaublich. Besonders wenn man sich vor Augen hält, was für Verbrechen an der Mauer und der innerdeutschen Grenze geschahen.

Dass beim Bundeshaushalt eine Konsolidierung bis 2013 zu diesem Zeitpunkt nicht das Primärziel sein könne, begründet Hohlmeier mit der für 2009/2010 zu erwartenden Abflauung der Konjunktur. Durch Investitionen, z.B. in die Forschung, müsse der jetzige Aufschwung so weit wie möglich gestützt werden. Zudem solle der momentane Aufschwung auch bei kleinen und mittleren Einkommen ankommen. Die Lohnerhöhungen der letzten Zeit würden durch die Preissteigerungen und die Steuerlast aufgeessen. Dass die SPD nun bereits für ein Jahreseinkommen von 52.000 € den Spitzensteuersatz fordert, sei ein direkter Angriff auf die Mittelschicht. Die SPD scheine hier eine Neidkampagne starten zu wollen. Steuersenkungen, wie sie CSU-Chef Erwin Huber als Erster gefordert hat, hätten bereits in den Achtziger Jahren, gezeigt, dass die Mindereinnahmen bei der Lohnsteuer bei weitem durch die Steigerung bei der Umsatzsteuer übertroffen würden, da der Konsum gesteigert werde. Wer kein Geld hat, kann keines ausgeben. Wenn nichts verkauft wird, gehen Jobs verloren und die Arbeitslosen müssen dann zusätzlich vom Staat versorgt werden.

Eine große Gefahr sieht Hohlmeier in den heutigen Rating-Agenturen, die, neben der Einteilung von Ländern nach deren Kreditwürdigkeit, zum Beispiel auch das Risiko der amerikanischen Immobiliengeschäfte bewertet hatten. Es werde, so Hohlmeier, höchste Zeit, dass die Gesetzgeber international verbindliche Regeln zur unabhängigen Bewertung von Kreditgeschäften festlegen. Dadurch könnten neue Anbieter anhand klarer Vorgaben vergleichbare Einteilungen vornehmen.

Die Mitglieder der Jungen Union informierten sich intensiv bei Hohlmeier. Wichtig war ihnen auch das Thema Rente. Hier erklärte die Landtagsabgeordnete, dass es nicht angehe, dass allein 81 Mrd. € des Bundeshaushaltes an die Rentenkasse gingen. Hier müssten neue Wege, auch der Eigenvorsorge, gefunden werden. Um dies der jungen Generation zu ermöglichen, müsste aber erst für sie eine steuerliche Entlastung geschaffen werden. Wenn in einigen Jahren jeder Arbeitnehmer statistisch einen Rentner finanzieren muss, könne das jetzige System dies nicht mehr bewältigen. Dieser demographischen Gefahr müsse begegnet werden. In diesem Zusammenhang verwies der JU-Kreisvorsitzende und Bezirkstagskandidat auf das Drei-Säulen-Modell der JU-Bayern. Es sehe vor, dass umlagefinanzierte System durch eine steuerfinanzierte und eine kapitaldeckende Säule zu erweitern. „Ein umlagefinanzierter Kern ist uns deshalb besonders wichtig, weil dadurch die intergenerationelle Solidarität auch in Zukunft zum Ausdruck kommen soll.“